

Antrag

des Abg. Jan-Peter Röderer u. a. SPD

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Finanzen

Wirtschaftliche Aktivitäten der Südwestdeutschen Landesverkehrs-GmbH (SWEG) in Nordrhein-Westfalen

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. seit wann sich die Südwestdeutsche Landesverkehrs-GmbH (SWEG) auch an Ausschreibungen in anderen Bundesländern beteiligt;
2. ob diese Ausschreibung mit dem Mehrheitseigner Land Baden-Württemberg abgestimmt war;
3. anhand welcher Kriterien eine solche Beteiligung an Ausschreibungen erfolgt;
4. inwiefern die dabei zugrunde gelegten Kriterien mit dem Land als Mehrheitseigner der SWEG abgestimmt sind;
5. inwiefern dabei das Kriterium gemeinsamer Verkehrsleistungen oder direkte Grenznähe zu Baden-Württemberg eine Rolle spielt;
6. welche Ausschreibungen die SWEG seit 2020 außerhalb Baden-Württembergs gewonnen hat;
7. welchen Mehrwert die Landesregierung sich als Mehrheitseigner der SWEG von der abgeschlossenen Rahmenvereinbarung über elektrische Triebfahrzeuge und Instandhaltungsleistungen beim Rhein-Ruhr-Express (RRX) verspricht;
8. ob die SWEG zur Erfüllung dieser Rahmenvereinbarung Werkstätten oder andere betriebliche Anlagen in Nordrhein-Westfalen bauen oder mieten wird;
9. ob die SWEG zur Erfüllung dieser Rahmenvereinbarung auch Überführungsfahrten von Fahrzeugen des RRX zu Werkstätten in Baden-Württemberg durchführen wird;

10. inwiefern die SWEG plant, sich künftig auch an Ausschreibungen im Ausland zu beteiligen.

22.10.2025

Röderer, Kirschbaum, Storz,
Binder, Rivoir SPD

Begründung

Die Südwestdeutsche Landesverkehrs-GmbH (SWEG) wurde einst vom Land Baden-Württemberg als Auffanggesellschaft für die von der Stilllegung bedrohten süddeutschen Strecken der privaten Deutsche Eisenbahn-Betriebsgesellschaft (DEBG) gegründet. Mit der Fusion mit der Hohenzollerischen Landesbahn (HzL) hat sich ihr Betriebsgebiet auf ganz Baden-Württemberg ausgedehnt.

Vor diesem Hintergrund ist es für die Öffentlichkeit interessant zu erfahren, warum nun das Betriebs- und Geschäftsgebiet offenbar auch auf Bundesländer außerhalb Baden-Württembergs ausgedehnt wird. Insbesondere worin der Baden-Württemberg-spezifische Mehrwert einer solchen Ausdehnung liegt.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 17. November 2025 Nr. FM5-3231-69/7 nimmt das Ministerium für Finanzen im Einvernehmen mit dem Ministerium für Verkehr zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

1. seit wann sich die Südwestdeutsche Landesverkehrs-GmbH (SWEG) auch an Ausschreibungen in anderen Bundesländern beteiligt;

Zu 1.:

Die SWEG bewirbt sich sporadisch seit 2024 auf Schienenpersonennahverkehrsleistungen (SPNV-Leistungen) außerhalb Baden-Württembergs.

2. ob diese Ausschreibung mit dem Mehrheitseigner Land Baden-Württemberg abgestimmt war;

Zu 2.:

Als originär unternehmerische Aufgabe wird die Entscheidung über die Teilnahme an Ausschreibungen von Verkehrsleistungen in den jeweils nach den gesellschaftsvertraglichen Regelungen zuständigen Gremien der Gesellschaft, mithin Geschäftsführung und Aufsichtsrat, behandelt. Eine Befassung der Gesellschafterversammlung ist in solchen Fällen nicht vorgesehen.

3. anhand welcher Kriterien eine solche Beteiligung an Ausschreibungen erfolgt;
4. inwiefern die dabei zugrunde gelegten Kriterien mit dem Land als Mehrheitseigner der SWEG abgestimmt sind;

Zu 3. und 4.:

Jede Ausschreibung von SPNV-Verkehrsleistungen wird individuell hinsichtlich finanzieller, vertraglicher und betrieblicher Risiken bewertet. Aus Gründen des Schutzes von Geschäftsgeheimnissen können hierzu keine weitergehenden Angaben gemacht werden. Ob letztendlich ein Angebot abgegeben wird und wenn ja, zu welchen Konditionen, entscheidet der Aufsichtsrat der Gesellschaft.

5. inwiefern dabei das Kriterium gemeinsamer Verkehrsleistungen oder direkte Grenz Nähe zu Baden-Württemberg eine Rolle spielt;

Zu 5.:

Kernmarkt der SWEG im SPNV sind die SPNV-Leistungen, bei denen das Land Aufgabenträger ist oder bei der Vergabe im Verbund mit anderen SPNV-Aufgabenträgern mitwirkt.

6. welche Ausschreibungen die SWEG seit 2020 außerhalb Baden-Württembergs gewonnen hat;

Zu 6.:

Keine.

7. welchen Mehrwert die Landesregierung sich als Mehrheitseigner der SWEG von der abgeschlossenen Rahmenvereinbarung über elektrische Triebfahrzeuge und Instandhaltungsleistungen beim Rhein-Ruhr-Express (RRX) verspricht;

Zu 7.:

Nach Auskunft der SWEG ist die von ihr gestartete Ausschreibung einer Rahmenvereinbarung über die Lieferung von Triebfahrzeugen und deren Instandhaltung noch nicht abgeschlossen. Eine solche Rahmenvereinbarung mit einem Fahrzeughersteller ist essenziell für die mögliche Abgabe eines zuschlagsfähigen Angebots. Im Gegensatz zu Verkehrsausschreibungen in Baden-Württemberg, wo die Fahrzeuge bei aktuellen Ausschreibungen über die Landesanstalt für Schienenfahrzeuge (SFBW) den Verkehrsunternehmen im Rahmen eines LCC-Vertrages (Life-Cycle-Costing- oder Lebenszyklus-Modell) beigestellt werden, obliegt die Beschaffung der Schienenfahrzeuge und deren Instandhaltung in einzelnen Ausschreibungsverfahren in Nordrhein-Westfalen den Verkehrsunternehmen. Dies soll die Rahmenvereinbarung sicherstellen.

8. ob die SWEG zur Erfüllung dieser Rahmenvereinbarung Werkstätten oder andere betriebliche Anlagen in Nordrhein-Westfalen bauen oder mieten wird;

Zu 8.:

Im Fall eines etwaigen Zuschlags einer Verkehrsleistung ist nach Aussage der SWEG geplant, den Fahrzeughersteller über die o. g. Rahmenvereinbarung mit der Instandhaltungsleistung und der damit verbundenen Vorhaltung einer Werkstatt zu beauftragen.

9. ob die SWEG zur Erfüllung dieser Rahmenvereinbarung auch Überföhrungsfahrten von Fahrzeugen des RRX zu Werkstätten in Baden-Württemberg durchführen wird;

Zu 9.:

Nach Aussage der SWEG wird dies nicht stattfinden.

10. inwiefern die SWEG plant, sich künftig auch an Ausschreibungen im Ausland zu beteiligen.

Zu 10.:

Der Landesregierung liegen keine Informationen über geplante Beteiligungen an Ausschreibungen im Ausland vor, bei denen es sich nicht um grenzüberschreitende Verkehre mit einem Netzzusammenhang zu Baden-Württemberg handelt.

Dr. Bayaz

Minister für Finanzen